

**Titel der Drucksache:**  
**Antrag der Fraktionen SPD & Piraten, Die Linke, Mehrwertstadt und BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN zur DS 0160/26 - Solidarität mit den Zalandobeschäftigten, ihren Angehörigen und den örtlichen Geschäftspartnern**

<b>Drucksache</b>	<b>0241/26</b>
<b>Ä./E.-Antrag zur DS-Nr.:</b>	<b>0160/26</b>
<b>Stadtrat</b>	öffentlich

Beratungsfolge	Datum	Behandlung	Zuständigkeit
Stadtrat	28.01.2026	öffentlich	Entscheidung

### Änderungs/Ergänzungsantrag

Der Beschlussvorschlag wird wie folgt ersetzt:

01

Der Stadtrat der Landeshauptstadt Erfurt kritisiert die Schließung des erfolgreichen Erfurter Zalando Standorts mit mehr als 2700 direkt betroffenen Beschäftigten. Die kurzfristige angestrebte vollständige Schließung bis Ende September 2026 ist ein Vertrauensbruch gegenüber den Beschäftigten, deren Familien, den örtlichen Vertragspartnern und gegenüber der Wirtschaftsregion Erfurt/Thüringen. Der Stadtrat erwartet von Zalando Logistics SE & Co. KG die nötige soziale und wirtschaftliche Verantwortung gegenüber ihren Beschäftigten und örtlichen Geschäftspartnern zu übernehmen.

02

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, gemeinsam mit dem Land und weiteren Bundes- und Landesbehörden auf die Geschäftsführung von Zalando einzuwirken, um die Prüfung von Alternativen zur Komplettschließung zu erreichen. Der Stadtrat spricht sich dagegen aus, die Komplettschließung des Zalando Standorts einfach nur zur Kenntnis zu nehmen.

03

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, gemeinsam mit dem Freistaat Thüringen, den Bundesbehörden, den Gewerkschaften und dem Betriebsrat auf die Zalando Logistics SE & Co. KG entsprechend einzuwirken, um unverzüglich folgende Alternativen zur Komplettschließung zu prüfen und auszuarbeiten:

- Fortführung des Betriebs unter Erhalt von so vielen Arbeitsplätzen wie möglich,
- Aufbau einer Transfergesellschaft mit qualifizierten Arbeitsplätzen in der Region,
- Aufbau und Finanzierung eines regionalen Qualifizierungs- und Weiterbildungsprogramms über gesetzliche Mindeststandards hinaus, sowie

- Interne Versetzungen der Beschäftigten an andere Standorte der Zalando Logistics SE & CO. KG mit Umzugskostenerstattung und Wohnkostenzuschüssen,
- Vorbereitung und Abstimmung mit dem Jobcenter als gemeinsame Einrichtung der Agentur für Arbeit und Stadt Erfurt auf die notwendige Unterstützung sowie Einberufung einer Sondersitzung des Jobcenter-Beirates aktive Kommunikation der Wirtschaftsförderung und
- Vorlage eines Konzeptes der Wirtschaftsförderung zur Zukunft des Logistikzentrums am Standort GVZ, auch unter Einbeziehung weiterer Unternehmen und Arbeitsgebern der Stadt und der Region,
- bei Neu-Ansiedlung in Erfurt ist künftig darauf hinzuwirken, dass die Mindestanforderungen an die Standortbindung sowie Tarifbindung und starke Mitbestimmungspraxis gesichert werden sowie eine hohe Wertschöpfung in der Region erfolgt.

Der Stadtrat unterstützt ausdrücklich die Forderungen des Betriebsrats nach einem Sozialplan auf Grundlage § 112 in Umsetzung § 111 Betriebsverfassungsgesetz. Es ist ein Ziel der Stadt, des Oberbürgermeisters und des Stadtrates die Voraussetzungen zu schaffen, dass die Zalando-Beschäftigten auch zukünftig einer guten Arbeit in Erfurt und der Region nachgehen können. Der Stadtrat würdigt in diesem Zusammenhang die bisherige Arbeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter am Standort als wichtigen Beitrag zur Wertschöpfung in Erfurt.

04

Der Oberbürgermeister wird weiter beauftragt, als Grundlage für künftige Ansiedlungen, dem Stadtrat zeitnah eine vollständige Übersicht aller städtischen und staatlichen Leistungen im Zusammenhang mit Errichtung und Betrieb des Zalando Standorts zu übergeben.

05

Der Stadtrat beauftragt den Ausschuss für Wirtschaft und Beteiligungen bis auf weiteres in jeder Sitzung einen ständigen Tagesordnungspunkt „Zukunft des Zalando Standortes“ zu behandeln. Zu diesem Tagesordnungspunkt sind Sachverständige hinzuzuziehen. Der Betriebsrat von Zalando und die Gewerkschaftsvertreter sind zum Tagesordnungspunkt einzuladen.

06

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, folgende konkrete Solidaritätsmaßnahmen für die Beschäftigten, ihre Angehörigen und örtlichen Geschäftspartner zu ergreifen und zeitnah umzusetzen:

- Einrichtung einer zentralen Beratungsstelle (Sozial-, Rechts- und Karriereberatung, psychosoziale Unterstützung) in Kooperation mit Gewerkschaften, Beratungsstrukturen und Jobcenter
- Aktive Vermittlung neuer Jobs durch städtische Wirtschaftsförderung (Ansprache regionaler Unternehmen für Übernahmen/Anschlussbeschäftigungen),
- Kontaktaufnahme zu bestehenden Beratungsstrukturen und Prüfung, inwiefern kostenfreie fachliche und mehrsprachige arbeitsrechtliche Erstberatung stattfinden kann
- Forderung an die Bundesagentur für Arbeit: Die Folgen der Zalando-Schließung (z. B. Qualifizierungen, Umschulungen, Transfermaßnahmen) ausschließlich durch zusätzliche Mittel zu finanzieren, ohne Einschränkung des Budgets für andere unterstützungsbedürftige Personen.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, dies gegenüber BA Thüringen-Mitte und Bundesarbeitsministerium zu vertreten,

- Prüfung und Einrichtung eines sozialen Härtefallfonds (mit Land) für Einzelfallhilfen nach §§ 67ff SGB XII.

07

Dem Oberbürgermeister wird empfohlen, sich beim Land dafür einzusetzen, dass den beteiligten Ausländerbehörden eine fachaufsichtliche Weisung hinsichtlich eines gemeinsamen Verfahrens erteilt wird. Inhaltlich wird empfohlen, dass den migrantischen Beschäftigten von Zalando, die nur befristete Aufenthaltstitel haben, eine Verlängerung des Aufenthaltsstatus um mindestens 6 Monate über die Vertragslaufzeit hinaus garantiert wird, damit für diese in Kooperation mit Ausländerbehörden, Arbeitsagenturen und den betroffenen Kommunen neue Beschäftigungsmöglichkeiten gefunden werden können.

08

Dem Oberbürgermeister und der Stadtverwaltung wird empfohlen, zeitnah einen geeigneten Träger damit zu beauftragen, möglichst ab sofort gezielt eine berufsbezogene und aufenthaltsrechtliche Beratung für die Zalandobeschäftigten anzubieten, die diese benötigen. Das Ziel derselben sollte sein, ihnen möglichst schnell Anschlussperspektiven aufzuzeigen und so der Verantwortung für sie in besonderer Weise nachzukommen. Diese zusätzlichen Ausgaben können nach Genehmigung durch das TLVWA durch nicht benötigte Mittel bei Beauftragten und Beiräten, hier dem Migrationsbeauftragten, HH-Stelle 02701.65500, finanziert werden.

### **Begründung**

Es wird auf die Begründung für den Antrag zur Sondersitzung verwiesen.

Zalando, eines der größten europäischen E-Commerce-Unternehmen, hat am 7. Januar 2026 die komplette Schließung ihres Logistikzentrums in Erfurt zum 30. September 2026 angekündigt. Diese Entscheidung betrifft rund 2.700 bis 3.000 Beschäftigte und ihre Familien sowie zahlreiche lokale Geschäftspartner und Zulieferer.

Der Standort Erfurt wurde im Jahr 2012 mit umfangreicher öffentlicher Unterstützung aufgebaut. Die Stadt Erfurt und das Land Thüringen haben über 22 Millionen Euro an Fördermitteln, Steuererleichterungen und infrastrukturellen Investitionen in die Errichtung und den Betrieb des Standorts eingebracht. In den letzten 13 Jahren hat sich Zalando als einer der größten privaten Arbeitgeber Erfurts etabliert.

Die plötzliche Ankündigung der Komplettschließung ohne vorherige Ankündigung oder Verhandlungen mit Stadt, Land und Arbeitnehmern zeigt mangelnde Verantwortung gegenüber der Region, den Beschäftigten und ihren Familien.

Der Beschlussvorschlag basiert auf mehreren Säulen:

1. Soziale Verantwortung: Zalando hat eine Verantwortung gegenüber seinen Beschäftigten. Der Antrag fordert einen großzügigen Sozialplan, der über gesetzliche Mindeststandards hinausgeht, sowie aktive Alternativen zur Komplettschließung.
2. Öffentliche Investitionen und Gegenleistungen: Über 22 Millionen Euro öffentlicher Mittel wurden investiert. Diese Investitionen waren an implizite und explizite Erwartungen von Standorttreue und Beschäftigungswirkung geknüpft. Der Antrag fordert Transparenz über diese Mittel und prüft Rückforderungsoptionen.
3. Förderpolitik als Instrument: Künftige Wirtschaftsförderung muss an klare Bedingungen geknüpft werden – Mindeststandortbindung, Tarifbindung und Mitbestimmung. Dies schützt die Steuerzahler und verhindert Wiederholungsfälle.
4. Arbeitsmarktpolitik ohne Nullsummen-Logik: Solidarität mit Zalando-Beschäftigten darf nicht zu Lasten anderer hilfsbedürftiger Personen gehen. Die Bundesagentur für Arbeit muss zusätzliche Mittel zur Verfügung stellen.

Konkrete Ziele und Wirkungen

#### Soforthilfe für Betroffene:

- Kostenfreie Rechtsberatung und psychosoziale Unterstützung reduzieren individuelle Unsicherheit.
- Ein Härtefallfonds hilft besonders vulnerablen Gruppen (z. B. mit Familien, längere Wege zur neuen Arbeit).
- Zentrale Beratungsstelle mit mobiler Außensprechstunde macht Unterstützung niedrigschwellig erreichbar.

#### Druck auf Zalando:

- BP 02 fordert konkrete Alternativen (Versetzungen, Transfergesellschaft, Qualifizierung) statt Komplettschließung.
- Betriebsrat und Gewerkschaften werden politisch gestärkt und unterstützt.
- Transparenzanforderungen (BP 03, BP 04) ermöglichen öffentliche Debatten und Rechtsdurchsetzung.

#### Langfristige Systemänderung:

- Förderkonditionalität (Standortbindung, Tarifbindung) verhindert zukünftige „Hit and Run“-Strategien von Unternehmen.
- Ständiger Ausschuss-TOP mit öffentlichem Protokoll schafft demokratische Kontrolle und Transparenz.
- Nachnutzungskonzepte verhindern Brachflächen und eröffnen neue Arbeitsplätze.

#### Faire Arbeitsmarktpolitik:

Die Forderung an die Bundesagentur für Arbeit, die Schließungsfolgen zusätzlich zu finanzieren, beruht auf dem Fairnessgedanken, dass Qualifizierungs- und Transfermaßnahmen für 2.700 Menschen nicht zu Lasten von anderen arbeitssuchenden und qualifizierungswilligen Personen gehen dürfen. Dies ist besonders in Zeiten von Fachkräftemangel und Lebensarbeitsplatz Debatten wichtig.

#### Zeitrahmen und Umsetzung:

Die Maßnahmen müssen bis zum 30. September 2026 (Schließungsdatum) umgesetzt oder eingeleitet werden, um für die Beschäftigten praktische Wirkung zu haben. Der ständige Ausschuss-TOP schafft verbindliche Kontrolle und Kontinuität.

Ein Großteil der Beschäftigten bei Zalando hat einen Migrationshintergrund. Laut Aussagen im Wirtschaftsausschuss verfügen etwa 80 Prozent nicht über einen Berufsabschluss. Bei vielen hängt zudem der Aufenthaltsstatus davon ab, ob sie auch zukünftig eine Perspektive hier finden. Der Stadtrat kommt so seiner Verantwortung für die Beschäftigten nach, um ihnen die notwendige Beratung und Unterstützung aber auch die Sicherheit zu bieten, während der Zeit ihrer Suche nach einer neuen Stelle nicht auch noch den Aufenthaltsstatus zu verlieren.

#### Anlagenverzeichnis

27.01.2026, gez. i. A. [REDACTED]

---

Datum, Unterschrift Fraktion SPD & PIRATEN

27.01.2026, gez. i. A. [REDACTED]

---

Datum, Unterschrift Fraktion Die Linke

27.01.2026, gez. i. A. [REDACTED]

---

Datum, Unterschrift Fraktion Mehrwertstadt

27.01.2026, gez. i. A. [REDACTED]

---

Datum, Unterschrift Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN